

Landtagswahl 2016

Parteiprogramme aus handwerkspolitischer Sicht

FDP	Bewertung des BWHT
Mittelstandsförderung und Bürokratieabbau	
<ul style="list-style-type: none"> • Eigenständiges Wirtschaftsministerium mit Zuständigkeit für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Infrastruktur • Abschaffung von Vorschriften bei der Wohnungspolitik (LBO, Zweckentfremdungsverbot) • Dem Handwerk Freiraum und Bedingungen verschaffen, die es benötigt • Verbesserung der Innovationsfinanzierung, IFEX fortsetzen • Abschaffung des Bildungszeit- und Tariftreuegesetzes, Abmilderung der bürokratischer Belastungen aus dem Mindestlohngesetz 	<ul style="list-style-type: none"> • Grundsätzlich im Sinne des Handwerks, jedoch anderer Zuschnitt mit „Wirtschaft, Bau und Digitalisierung“ bei uns • Im Sinne des Handwerks • Sehr allgemeine Aussage. Es fehlen Aussagen zur klassischen Mittelstandsförderung • Im Sinne des Handwerks • Im Sinne des Handwerks
Bildungspolitik	
<p>Schulfrieden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Beständige Bildungspolitik über mehrere Legislaturperioden • Befähigung der Schulen, eigenverantwortlich über Schulform, Bildungsangebot und Personalangelegenheiten zu entscheiden • Keine finanzielle Privilegierung der Gemeinschaftsschulen (GMS), bestehende GMS erhalten Bestandsschutz <p>Bildungsplan:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Eigener Bildungsplan für jede Schulform • Verzicht auf Leitperspektiven im Bildungsplan • Überprüfung und eventuelle Auflösung der Fächerverbünde 	<p>Schulfrieden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Im Sinne des Handwerks • Im Sinne des Handwerks • Im Sinne des Handwerks <p>Bildungsplan:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Keine Notwendigkeit Schulart-spezifischer Bildungspläne in der Sekundarstufe I • Der BWHT begrüßt die Leitperspektive Berufliche Orientierung • Fächerverbünde sind sinnvoll, da komplexe Themen nur interdisziplinär gelehrt werden können

- Verstärkung der Berufsorientierung an allgemein bildenden Schulen
- Praxisnahe Ausgestaltung des Fachs „Wirtschaft, Berufs- und Studienorientierung“

Schulformen:

- Einführung einer offenen Ganztageschule
- Mehr Personalmittel für Elternberatung bezüglich Grundschulempfehlung, evtl. Wiedereinführung der verpflichtenden Grundschulempfehlung
- Vereinheitlichung der Schularten wird abgelehnt, Erhalt des Gymnasiums
- Keine Wiedereinführung von G9
- Ausbau der Beruflichen Gymnasien
- Eigene Entscheidung der Realschulen, ob sie zusätzlich den Hauptschulabschluss anbieten
- Stärkung des berufspraktischen Profils von Haupt-/Werkrealschulen durch Kooperationen

Berufliche Bildung:

- Erhalt des ausdifferenzierten Angebots an beruflichen Schulen
- Bedarfsgerechte Unterstützung der auswärtigen Unterbringung von Auszubildenden (Kostenübernahme von je einem Drittel durch das Land, den Auszubildenden und den Ausbilder)

- Im Sinne des Handwerks

- Im Sinne des Handwerks

Schulformen:

- Im Sinne des Handwerks
- Im Sinne des Handwerks
- Gemeinschaftsschulen und Realschulen bilden gemeinsam eine starke zweite Säule neben dem Gymnasium
- Im Sinne des Handwerks
- Berufliche Gymnasien dürfen nicht zu Lasten der dualen Ausbildung weiter ausgebaut werden
- Im Sinne des Handwerks
- Die Zusammenarbeit zwischen Beruflichen Schulen und Werkrealschulen wird kritisch gesehen. Ziel muss immer der möglichst direkte Übergang in eine duale Berufsausbildung sein

Berufliche Bildung:

- Im Sinne des Handwerks
- Bezüglich der Kosten für die auswärtige Unterbringung von Auszubildenden fordert der BWHT einen Landesanteil von mindestens 50%

Fachkräftesicherung

Aus- und Weiterbildung:

- Fortführung des dualen Systems und dessen Gleichberechtigung mit akademischer Bildung
- Ausbau der Berufsorientierung an allgemein bildenden Schulen
- Erweiterung des Angebots von zweijährigen Berufsausbildungen mit Anschlussfähigkeit an eine dreijährige Ausbildung

Aus- und Weiterbildung:

- Im Sinne des Handwerks
- Im Sinne des Handwerks
- Das Handwerk sieht keinen Bedarf an zusätzlichen zweijährigen Berufsausbildungen

- Ausbau bestehender Weiterbildungssysteme, dadurch auch Förderung des Wiedereinstiegs in den Beruf
- Abschaffung des Bildungszeitgesetzes
- Schaffung von Anreizen, damit Arbeitnehmer freiwillig länger im Berufsleben verbleiben wollen

Zuwanderung/ Flüchtlingspolitik:

- Landesprogramm zur Gewinnung von Fachkräften aus dem Ausland
- Initiation eines transparenten Zuwanderungssystems beim Bundesrat
- Bedarfsgerechte Erhöhung der finanziellen Zuwendungen für die Aufnahme von Flüchtlingen
- Zusätzliches Angebot von Sprachkursen und Kulturtrainings für Flüchtlinge aus Ländermitteln
- Welcome Center sollen alle Hilfestellungen aus einer Hand anbieten
- Schnelles Hinwirken auf Aufenthaltsbeendigung bei unbegründeten Asylanträgen
- Erhebung des Bildungsstandes bei bleibeberechtigten Flüchtlingen, um Bildungsangebote adäquat zuteilen zu können

- Im Sinne des Handwerks
- Im Sinne des Handwerks
- Im Sinne des Handwerks

Zuwanderung/ Flüchtlingspolitik:

- Grundsätzlich im Sinne des Handwerks, allerdings auch mehr Anreize zur Aktivierung des inländischen Fachkräftepotenzials nötig
- Im Sinne des Handwerks
- Im Sinne des Handwerks
- Im Sinne des Handwerks
- Aufgabe der Welcome-Center kann es nicht sein, alles aus einer Hand anzubieten. Für eine handwerkliche Ausbildung und Fragen zum BQFG sind die Kammern die zuständigen Stellen.
- Bei unbegründeten Asylanträgen sollte aus Sicht des BWHT vor einer Abschiebung erst überprüft werden, ob der Flüchtling in einem Engpassberuf eingesetzt werden kann. In diesem Fall soll er eine Bleibeperspektive erhalten
- Im Sinne des Handwerks

Rechtliche Rahmenbedingungen für den Mittelstand

- Den Vorrang privater Unternehmen vor Unternehmen der öffentlichen Hand durch die geltende Fassung des § 102 Gemeindeordnung verteidigen
- Individuelle Hoheit über eigene Daten erhalten, insbesondere den Zugang zu Gesundheitsdaten vom Einverständnis des Betroffenen abhängig machen

- Im Sinne des Handwerks
- In der Praxis nicht handhabbar:
 - Ohne Zugang zu Gesundheitsdaten können Gesundheitshandwerker keine Leistungen erbringen (Ohne Dioptrienzahl keine Brille)

<ul style="list-style-type: none"> • Arbeitnehmer freiwillig länger im Berufsleben halten • Verbraucherpolitische Strategie des Landes im Hinblick auf die wirtschaftliche Selbstbestimmung überarbeiten • Bessere Bekämpfung der Wohnungseinbruchskriminalität durch mehr Beratung, mehr Ressourcen und bessere Kooperationen • Weiterhin für Stuttgart 21 einsetzen 	<ul style="list-style-type: none"> ○ Einholung von Einverständniserklärungen für jeden einzelnen Auftrag ist ein unnötiger Formalismus, der das Misstrauen der Kunden schürt • Im Sinne des Handwerks • Im Sinne des Handwerks • Nicht nur Wohnungseinbrüche, sondern auch Einbrüche in Gewerbegebieten besser bekämpfen • Im Sinne des Handwerks
---	--

Umwelt, Energie, Verkehr

<ul style="list-style-type: none"> • Einrichtung eines Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Infrastruktur • Sichere und bezahlbare Energieversorgung für jedermann • Förderung der lokalen Energieberatung, Stärkung der regionalen Energieagenturen • Novellierung EWärmeG mit Beseitigung des 15 % Pflichtanteils erneuerbare Energien und der Einbeziehung von Nichtwohngebäuden • Streichung der Möglichkeit kommunaler Anschlusszwänge für Nah- und Fernwärme aus der Gemeindeordnung • Erhöhung der L-Bank-Energieeffizienzfinanzierung und Anpassung an Finanzierungsbedarf von Hauseigentümern, Unternehmen und Kommunen • Verkauf der EnBW-Landesbeteiligung nach Unternehmensrestrukturierung mit Zielsetzung mittelständisch geprägter Eigentümerstruktur • Zukunftsoffensive: 1 Mrd. Euro Investitionen aus der Landesstiftung in die Infrastruktur (vor allem für Breitbandausbau) • 60% der Mittel aus dem Landesgemeinde- 	<ul style="list-style-type: none"> • Generell ok; wir forderten Ministerium für Wirtschaft, Bau und Digitalisierung • Übereinstimmung mit allg. Position zur Energieversorgung u.a. hinsichtlich Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit • Fehlende gezielte Adressierung des Handwerks als Akteur der Energiewende • Das steht im Gegensatz zu unserer Position • Im Sinne des Handwerks • Grundsätzlich positiv, jedoch fehlende weitere Angaben über nähere Ausgestaltungen • Für Handwerk eher riskant, da Möglichkeit, politischen Druck auf den Anteilseigner auszuüben dadurch entfallen und Konkurrenz zum Handwerk verstärkt würde • Die Zukunftsoffensive für die Infrastruktur ist zu begrüßen. Allerdings genaue Spezifizierung der Verwendung notwendig • Sehr zu begrüßen
--	--

verkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG) in den Straßenbau

Innovation, Technologie, Wirtschaft 4.0

- | | |
|--|---|
| <ul style="list-style-type: none">• Verfügbarkeit von flächendeckenden symmetrischen Breitbandanschlüssen mit mindestens 50 MBit/s. Finanzierung aus Mitteln einer Zukunftsoffensive mit insgesamt 1 Mrd. Euro• Höhere Zuschüsse für die Förderung von Wirtschaftlichkeitslücken• Verankerung des flächendeckenden Zugangs zum Internet als Staatsziel in der Verfassung• Senkung der Marktbarrieren für digitale Dienstleistungen• Moderner Datenschutz und individuelle Hoheit über eigene Daten sicherstellen• Digitale Kompetenzen als eine Kernaufgabe der Schulen vorantreiben und Bildungseinrichtungen entsprechend ausstatten• Direkte Innovationsförderungen (z.B. Innovationsgutscheine) aufstocken | <ul style="list-style-type: none">• Im Sinne des Handwerks• Betreibermodelle nicht vernachlässigen• Im Sinne des Handwerks• Zu pauschal. Hier muss die FDP sich stärker zu Qualität und Handwerksschutz bekennen• Alle Maßnahmen zum Schutz von Daten (rechtlich wie technisch) sind zu begrüßen• Wir begrüßen dies als nachhaltigen Schritt, digitale Kompetenzen „von unten“ aufzubauen• Direkte Innovationsförderung ist Erfolgsgeschichte, daher Stärkung richtig |
|--|---|

Europa

- | | |
|---|--|
| <ul style="list-style-type: none">• Chancen der Einwanderer zwecks Fachkräftesicherung verbessern durch landesfinanziertes Sprachangebot, erleichtertes kommunales Wahlrecht und ein insgesamt transparentes System• Hundert Vorbilder der Integration als Leuchttürme auszeichnen | <ul style="list-style-type: none">• Ganz im Sinne des Handwerks, jedoch kann Fachkräftesicherung durch Einwanderung nur ein Baustein sein• Sehr zu begrüßen• Außer der Einwanderung leider keine weiteren Europathemen im Wahlprogramm |
|---|--|